

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei halbjähriger Abnahme des Monats 2.50 M., bei vierteljährlicher 1.50 M., bei monatlicher 1.00 M. ...

Die abdruckfähige Hauptanschrift oder deren Raum, ist 5.-M., einschließlich Zustellungskosten. Kleinere Anzeigen: Das erste Wort 2.-M., jedes weitere Wort 1.00 M., einschließlich Zustellungskosten. ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein würdeloser Zusammenbruch.

Die Wahlparole der Nationalversammlung.

Das scheidende Parlament pflegt in seinen letzten politischen Taten und in der Art seines Scheiterns nicht nur den Ton des kommenden Wahlkampfes, sondern auch die politischen Konstellationen und Parolen für diesen Wahlkampf festzustellen. Dieser geschichtlichen Notwendigkeit konnte sich auch die Nationalversammlung in ihrer gestrigen Sitzung nicht entziehen. Ihr würdeloser Zusammenbruch, den auch die pompöse Wortschmückung des Reichspräsidenten nicht bemänteln konnte, ihre Unsicherheit, die seit mehr als einem Jahre hingehaltene Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit zu vollziehen, war der Schlüsselstein, aber auch das Symbol ihres Wirkens, in dem vom ersten bis zum letzten Tage politische Hilflosigkeit, nationalpolitische Borniertheit, nachste kapitalistische Interessen, Verleumdung aller geschichtlichen Notwendigkeiten und parlamentarische Würdelosigkeit einander überboten. ...

Diese „parlamentarische“ Regierung hat bewiesen, daß ihre eigenen Heiligensprüche: Parlamentarismus, Mehrheitsentscheid, Demokratie und Verfassung in Wahrheit für sie nicht viel mehr sind als Stützen und Waffen ihrer Parteiherrschaft, die sie heilig spricht, solange sie ihr dienen, und die sie von sich wirft, sobald sie gegen sie entscheidet. ...

standes aufzuheben seien. Kein Paragraph der Reichsverfassung gab ihm zu dieser Rechtsauffassung eines Winkeladvokaten das Recht, aber er bewies in aller Öffentlichkeit, daß der Geist des Parlamentarismus und die Verfassungstreue für die Regierung nicht einen Pfifferling wert sind, wenn sie selber zahlen soll.

Und zum andern: Es war eine Kabinettskrise. Die eine Regierungspartei, die Rechtssozialisten, hatten gegen die Regierung gestimmt, sie in die Minderheit und somit ins Unrecht gesetzt. In der Erwartung, daß die bürgerliche Mehrheit das Eintreten der Rechtssozialisten für die Aufhebung des Belagerungszustandes unwirksam machen würde, hatten sie es gewagt, sich vor ihren Wählern als aufrichtige Demokraten, als Befürworter des freien, ungehinderten Wahlrechts aufzustellen. ...

Und zum dritten: Die Wahlparole der sozialdemokratischen Partei, Herrn Scheidemanns Parole von der sozialistischen Einheit mußte ihre Probe bestehen. Als es still und ungesährlich schien, haben die Rechtssozialisten vor dem Volke das Bekenntnis zur sozialistischen Einheit zum Kampf gegen die bürgerlichen Parteien abgelegt. ...

Mit diesen drei Flammenzeichen ziehen wir heftig in den Wahlkampf. Wir sind begierig zu erfahren, wer verurteilt wird, sie zu löten.

Die letzte Sitzung.

Freitag, den 21. Mai.

Nach Einladung einiger kleinerer Anfragen erhält zu folgender Erklärung der Reichsregierung

Minister Koch:

das Wort: „Die Reichsregierung ist gestern durch eine Resolution der Nationalversammlung ermächtigt worden, den Ausnahmezustand im Reich aufzuheben. Bei der verfassungsmäßigen Stellung der Regierung zum Parlament hat dieser Beschluß der Regierung Veranlassung zu nochmaligen ernstlichen Überlegungen geben müssen. Wenn ich gestern namens der Regie-

rung erklärt habe, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes nicht überall in Deutschland zulässig sei, aber noch in Laufe dieser Woche geprüft werden würde, in welchen Bezirken er befreit werden könnte, so hat die Regierung mit Rücksicht auf den Beschluß der Nationalversammlung eine vorläufige Prüfung dieser Frage noch im Laufe des gestrigen Tages vorgenommen. Danach bleiben in gewissen Bezirken Deutschlands

Schreiben gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes

bestehen. Zunächst hat die Regierung gerade in den letzten Tagen wieder Kenntnis erhalten von Bestrebungen reaktionärer Kreise, auf Frontsoldaten, namentlich im Westen, im Sinne gewalttätigen Vorgehens einzuwirken. ...

Wenn gerade in diesem Augenblick das Verfahren ad hoc unterbrochen und auf die ordentlichen Gerichte überführt würde, so würde eine solche Verzögerung der Entscheidung unzulässiger erscheinen, zumal gerade diese Verfahren meist vor die Schwurgerichte kommen würden. ...

Genosse Senke:

Es ist zunächst festzustellen, wie der Beschluß gemeint war. Die Antragsteller haben ihn sehr verständlich dahin verstanden und legen ihn heute dahin aus, daß bei Annahme des Antrags die Regierung gehalten sein sollte, den Belagerungszustand aufzuheben. ...

einen glatten Bruch der Verfassung.

(Sehr richtig bei den U. S.) In einer Zeit, wo man mit allen Nachdruck gerade seitens der Regierung immer wieder betonen, daß sie auf dem Boden der Demokratie lebe, daß nur vom Boden der Demokratie aus überhaupt ein Wiederaufbau, eine Gesundung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschlands möglich sei, in einem solchen Moment so gegen einen oder mit einem Beschluß der Mehrheit der Nationalversammlung zu handeln, ist etwas, was ich nicht anders bezeichnen kann, als ich es getan habe und demgegenüber wir uns auch verpflichtet halten, einen entsprechenden Antrag einzubringen. ...

